

Vorsitzender Grendel erteilt Herrn Bohlscheid das Wort. Herr Bohlscheid erläutert, dass der Jahresüberschuss im Jahresabschluss im Vergleich zum Jahresüberschuss aus der Entwurfsfassung (ca. 90.000 Euro) um rund 1,66 Millionen Euro besser ausfällt. Das verbesserte Ergebnis resultiert aus der Isolierung der im Zuge der Corona-Pandemie entstandenen finanziellen Schäden gem. dem NKF-CIG-NRW in Höhe von 1.663.093,51 Euro. Im Entwurf war von einer Isolierung abgesehen worden, da das ohnehin positive Ergebnis nur weiter „künstlich“ verbessert worden wäre. Allerdings hat sich im Laufe der Prüfung des Jahresabschlusses 2021 herausgestellt, dass das NKF-CIG-NRW den Kommunen bei der Frage der Isolierung kein Wahlrecht einräumt, sondern die Isolierung zwingend erfolgen muss. Insofern ist die Isolierung im Jahresabschluss 2021 erfolgt und verbessere somit das Jahresergebnis deutlich ohne das liquide Mittel geflossen sind. Im Jahr 2025 müsse vom Rat entschieden werden wie mit der Summe der Isolierung weiter verfahren werden soll.

Anschließend beginnt Herr Knupfer mit der Präsentation der Jahresabschlussprüfung 2021 (die Präsentation ist als Anlage 1 beigefügt).

Herr Knupfer stellt zunächst den Prüfungsauftrag und die Prüfungsschwerpunkte vor. Das Ziel der Prüfung ist es, ein hinreichend sicheres Urteil abzugeben, dass die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht frei von wesentlichen Fehlaussagen und Mängeln sind. Anschließend berichtet Herr Knupfer über die wirtschaftliche Lage und den Geschäftsverlauf des Jahres 2021 sowie über die wesentlichen Plan/Ist-Abweichungen zwischen Ergebnisplan und -rechnung.

Zur wirtschaftlichen Lage berichtet Herr Knupfer, dass der Ergebnishaushalt 2021 in der Planung ein Defizit von rund 26.500 Euro vor sah, jedoch liegt das tatsächliche Rechnungsergebnis bei einem Überschuss von ca. 1,75 Millionen Euro. Dies wird, wie anfangs bereits erläutert, begründet durch die Aktivierung der ermittelten Corona-Schäden in Höhe von ca. 1,66 Millionen Euro. Herr Bohlscheid erklärt hierzu wie die Schäden ermittelt worden sind. Im Rahmen der Verbindlichkeiten sind die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen um rund eine Millionen Euro reduziert worden. Die Kredite zur Liquiditätssicherung sind um ca. 3,79 Millionen Euro gestiegen. Dies ist begründet in der Tatsache, dass die Liquiditätskredite in 2021 negativ verzinst waren und die Gemeinde Eitorf somit Zinserträge erhalten hat. Herr Bohlscheid informiert hierzu, dass ein Großteil der Liquiditätskredite zu Beginn des Jahres 2022 in langfristige Kredite umgewandelt worden sind.

Herr Knupfer präsentiert die wesentlichen Plan/Ist-Abweichungen in Bezug auf die Plandaten aus dem Doppelhaushalt 2020/2021, der vor der Corona-Pandemie erstellt wurde. Innerhalb der ordentlichen Erträge gibt es in 2021 geringe Abweichungen. Die Gewerbesteuer, die Grundsteuer B und die Beteiligung an der Umsatzsteuer weisen insgesamt mit einer Summe von 0,89 Millionen Euro höhere Erträge als geplant auf.

Bei der Beteiligung an der Einkommenssteuer sowie der Vergnügungssteuer wurden Mindererträge zusammen in Höhe von 0,46 Millionen Euro generiert, welche vor allem auf die Corona-Pandemie zurückzuführen sind.

Die Zuwendungen und allgemeinen Umlagen liegen insgesamt mit 1,47 Millionen Euro unter dem geplanten Ertrag. Ursache dafür sind die Schlüsselzuweisungen vom Land, die in 2021 mit einem Minderertrag von 1,9 Millionen Euro deutlich unter dem Planansatz liegen. Hingegen liegen andere Zuweisungen und sonstige Zuschüsse im Berichtsjahr mit einem Ertrag von 0,51 Millionen Euro deutlich über dem Planansatz.

Herr Knupfer erwähnt zudem, dass die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte mit einem Minderertrag von 0,56 Millionen Euro unter dem geplanten Ansatz stehen. Zum einen ist dies bedingt durch die Rückgänge bei den Benutzungsgebühren wie Elternbeiträge gegenüber der Planung, mehrheitlich infolge der Corona Pandemie und zum anderen bedingt durch die fortlaufende Sanierung des Hermann-Weber-Bades, welches in 2021 nicht eröffnet werden konnte.

Die ordentlichen Aufwendungen weisen wesentliche Plan/Ist-Abweichungen bei den Personalaufwendungen, Versorgungsaufwendungen und Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen auf.

Die Personalaufwendungen liegen mit rund 0,53 Millionen Euro unter dem Planansatz. Dies liegt an den deutlich geringeren Aufwendungen für tariflich Beschäftigte mit 0,24 Millionen Euro unter dem Planansatz und an den geringeren Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen mit 0,25 Millionen Euro.

Die Transferaufwendungen liegen insgesamt 0,68 Millionen Euro unter dem Planansatz.

Dazu geführt hat die Kreisumlage, die im Hinblick auf die Schlüsselzuweisung, ebenfalls deutlich unter dem Planansatz geblieben ist. Dagegen ergibt sich bei der Jugendamtsumlage eine Überschreitung des Planansatzes mit einem Mehraufwand von 0,6 Millionen Euro über den Planansatz, was an der Erhöhung des Umlagesatzes der Jugendamtsumlage liegt.

Schließlich stellt Herr Knupfer die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung dar.

Chancen lassen sich laut Herrn Knupfer mit den aktuellen Bau- und Sanierungsmaßnahmen in die kommunale Infrastruktur verbinden. So sind im Jahr 2021 der neue Bauhof und die neue Feuerwache fertiggestellt worden. Großes Potential liegt zudem im weiteren Wachstum der Gemeinde Eitorf aufgrund der steigenden Immobilienpreise, insbesondere in den Städten.

Zu den Risiken erklärt er, dass der Krieg in der Ukraine, vor allem die knappere und entsprechend teurere Energieeinführungen, zu einem fiskalischen Problem für die Gemeinde Eitorf führt. Hinzu kommen die Kosten für die Unterbringung der geflüchteten Personen.

Die in 2022 gestiegene Inflation führt dazu, dass mit erheblichen Preissteigerungen zurechnen ist, was vor allem die in Ende 2022 auslaufenden Energieverträge betrifft. Weitere Risiken sind der kontinuierliche Anstieg der Jugendamtsumlage und die Auswirkungen der Corona-Pandemie.

Abschließend sagt Herr Knupfer, dass die Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk ausgestellt werden konnte. Er beendet darauf seine Präsentation.

Herr Grendel bedankt sich für die Präsentation und fragt die Ausschussmitglieder, ob Fragen bestehen. Frau Zorlu fragt, weshalb unter dem Punkt Chancen und Risiken zur zukünftigen Entwicklung das Integrierte Handlungskonzept nicht genannt wird, da hier gegebenenfalls Rückzahlungen mit Zinsen gezahlt werden müssen.

Herr Knupfer antwortet, dass die Präsentation nur eine komprimierte Version vom Prüfungsbericht sei. Dieser Punkt wurde jedoch auch geprüft.

Im Anschluss lässt Vorsitzender Grendel über den Beschlussvorschlag abstimmen.